

»Selbstkorrektur«

Sachsen-Anhalts SPD knickt vor CDU ein: Bundeswehr darf nun doch ohne Friedensinitiativen in die Schulen. **Von Susan Bonath**

Bundeswehr an Schulen? Das muss ungebremst möglich sein, findet Sachsen-Anhalts CDU-Fraktion. Ihr Veto gegen einen Anfang Dezember veröffentlichten Erlass von Landeskultusminister Stephan Dorgerloh (SPD), nach welchem Jugendoffiziere nur vor Schülern referieren sollten, wenn auch Friedensinitiativen zu Wort kommen (jW berichtete), hat den Koalitionspartner einknicken lassen. Nach einem Treffen mit dem Kommandeur des Landeskommandos Sachsen-Anhalt, Axel Lautenschläger, rudert der sozialdemokratische Minister nun zurück. Die Richtlinie werde überarbeitet, teilte sein Ministerium am Dienstag mit.

In Sachsen-Anhalts Schulen gehören »Informationsveranstaltungen« mit Bundeswehrvertretern und Fahrten zum nahen Gefechtsübungszentrum (GÜZ) Altmark mit Panzer- und Waffenschau seit langem zum normalen Unterricht. Werbung für die Ausbildung an der Waffe gibt es gratis. Vor gut zwei Jahren berichtete jW über einen solchen Ausflug einer 10. Klasse einer Schule in Zielitz. Eltern von Jugendlichen hatten moniert, dass sie zuvor nicht informiert worden seien. Dies sei unnötig, weil es auf dem Stundenplan im Fach Sozialkunde stehe, rechtfertigte sich der Schulleiter seinerzeit. Außerdem hätten die Kinder »viel Spaß« gehabt.

Den »erlebnispädagogischen Eventcharakter« solcher Truppenbesuche wollte Minister Dorgerloh zur Freude der Linksfraktion mit seinem Erlass eindämmen, wie sein Haus vor einer Woche mitteilte. Zudem sollte dem Militär jegliche Werbung vor Schülern verboten werden. Ferner betrieb sich Dorgerloh auf den »Beutelsbacher Konsens«. Diese Richtlinie der Bundeszentrale für politische Bildung soll verhindern, Schüler mit erwünschten Meinungen zu »übertumpeln«. Es seien darum immer mehrere Ansichten zur Diskussion zu stellen. Ansonsten würde »die Grenze zur Indoktrination« überschritten. Dies müsse, wie bereits

für Parteien, auch für die Bundeswehr gelten, erklärte der SPD-Politiker. Er forderte, pazifistische Haltungen militärischen Ansätzen gleichberechtigt gegenüberzustellen. Dagegen zog die CDU zu Felde. Ein solcher Schritt negiere den »Friedensauftrag der Parlamentsarmee«, wettete Fraktionschef André Schröder vorige Woche gegenüber jW. Er verlangte von Dorgerloh eine »Begründung«.

Am Dienstag einigten sich der Minister und Kommandeur Lautenschläger nun darauf, dass Schulen doch nicht zwingend Vertreter von Friedensinitiativen bei einem Bundeswehrauftritt einladen müssten. Es könnten auch Lehrer die »Vor- und Nachbereitung« übernehmen, erklärte Dorgerloh. Die Formulierung »Eventcharakter« soll gestrichen und statt dessen der »Informationscharakter« von Truppenbesuchen hervorgehoben werden. Festgeschrieben soll aber werden, dass die Teilnahme von Schülern an Veranstaltungen mit dem Heer freiwillig sein müsse. Ferner weichte Dorgerloh das Werbeverbot auf. Es werde nun klar getrennt zwischen einem Besuch von Jugendoffizieren und Berufsberatern der Bundeswehr. Letzteren bleibe es erlaubt, den Schülern die Armee »als Arbeitgeber vorzustellen«. Die neue Handreichung werde im nächsten Schulverwaltungsblatt veröffentlicht, informierte das Ministerium.

CDU-Mann Schröder zeigte sich nach dem »Kompromiss« erfreut. Die Arbeit an Schulen dürfe der Bundeswehr nicht erschwert werden. »Die völlig unnötige Handreichung mit dem konstruierten Gegensatz von Friedensbewegung und Parlamentsarmee ist hoffentlich damit vom Tisch.« Der Christdemokrat lobte die »Selbstkorrektur« des SPD-Ministers.



DENISE HULP/SPD/DA-BILD/FUNK

Werben um Kanonenfutter: Ein »Infotruck« der Bundeswehr bezirzt Jugendliche in Trier (Mai 2011)

Kommentar Dietrich Schulze

SprecherInnenkreis Initiative gegen Militärforschung an Universitäten dietrich.schulze@gmx.de

Die Friedenbewegten hatten sich zu früh gefreut. Kultusminister Dorgerloh (SPD) in Sachsen-Anhalt ist eingeknickt vor CDU und »Parlamentsarmee«, gewöhnlich als Bundeswehr bezeichnet.

So etwas kann in Baden-Württemberg nicht passieren. Hier ist Kultusminister Stoch (SPD) bereits am 27. Juli mit der Inkraftsetzung der olivgrünen (sorry rotgrünen) Kooperationsvereinbarung Bundeswehr/-Schulen vor CDU und »Parlamentsarmee« eingeknickt. Und die BW-Kampagne »Schulfrei für wer weiß wen« ist ihm willig gefolgt und hat ihr Einknicken am 30. Oktober mit einer Bundeswehr-kompatiblen sog. Friedensbildung-Erklärung feierlich abgesegnet. Das Ländle mit seinen flexiblen Politikern ist eben denen das im Osten weit voraus und vermeidet nutzlose Umwege.

Ach halt »Einknicken« ist schon wieder so ein Schimpfwort von einem, der diese einknickende Verbeugung nicht mitmachen wollte. Viel schöner ist die in Sachsen-Anhalt gewählte Bezeichnung »Selbstkorrektur«. Weil aber einige in der BW-Kampagne partout eine solche »Selbstkorrektur« nicht mitmachen wollen, werden sie ganz einfach rausgekelt. Mehr dazu hier: <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20141212.pdf>